

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der E. Mecklen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

**Bezugspreis:**  
Halbmonatlich in Neuenbürg 75 Goldpf. Durch die Post im Orts- u. Oberamtsbezirk, sowie im sonst. inl. Verk. 75 G.-Pf. m. Postbestellgeb. Preise freibleib. Nachherhebung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpf.

In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Wiederherstellung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.

St.-R. Nr. 24  
D. R. - G. Nr. 100000

**Anzeigenpreis:**  
Die einsp. Zeile oder deren Raum im Bezirk 15, außerh. 20 Goldpf., Rekl.-Zeile 50 Goldpf., m. Anf.-Steuern. Kollekt.-Anzeigen 100%, Zuschlag. Offerte und Annoncen-erteilung 20 Goldpf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Nachverfahrens hinfällig wird, es sei denn Zahlung nicht innerhalb 3 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Fernsprecher Nr. 4. Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

Nr. 229.

Neuenbürg, Montag, den 29. September 1924

82. Jahrgang.

## Deutschland.

Stuttgart, 27. Sept. Die deutschdemokratische Partei Württembergs hält am Sonntag, 12. Oktober, im Winterhaus in Dellbronn ihre Herbsttagung mit folgender Tagesordnung ab: 10 Uhr vormittags: Gemeinsame Sitzung des Landesauschusses und der Vertrauensmänner: Aussprache über die politische Lage. 2 1/2 Uhr nachmittags: Öffentliche Versammlung. Redner: Abgeordneter Dr. Brudmann, Frau Gertraud Bohnet, Professor Walter Göb, M. d. R.

Berlin, 27. Sept. In der deutschnationalen Presse wird gefordert, daß die Regierungsbildung grundsätzlich vor dem Zusammentritt des deutschnationalen Vertretertags am 30. September erledigt sein soll. — Für den zu einer mehrjährigen Zuchthausstrafe verurteilten Vorden-Kattentäter, Oberleutnant a. D. Afermann, war vor einiger Zeit ein Gnadenbesuch eingereicht worden dahingehend, daß die Zuchthausstrafe in Gefängnisstrafe umgewandelt werden möge. Künftig ist dieses Gesuch von den zuständigen Stellen abgelehnt worden.

Deutsche Tagung des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen.

Stuttgart, 26. Sept. Als ein bedeutendes Ereignis im kirchlichen und öffentlichen Leben Deutschlands darf die kürzlich beendigte Jahresversammlung der Deutschen Vereinigung des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen bezeichnet werden. Vom 22. bis 24. September hatten sich zahlreiche landeskirchliche und freikirchliche Freunde und Führer des Weltbundes aus ganz Deutschland zu den Beratungen eingefunden. Als Vertreter des evang. Auslandes überbrachten die Schweden, Professor Dr. Berner und Pastor D. Wolner aus Lund, und der Vertreter des Schweizerischen Evang. Kirchenbundes, Dekan D. Gerold-Winterthur, die Grüße und Wünsche ihrer Kirchen, die in der deutschen Not so großzügige Brüderliche Hilfe gebracht haben.

Sehr stark trat bei der Tagung die Teilnahme leitender Persönlichkeiten der Kirchen hervor. So sprach beim Begrüßungsabend Kirchenpräsident D. D. von Wers in herzlichster Weise die Segenswünsche des Deutschen Evang. Kirchenauschusses und der württ. Landeskirche aus und betonte nach einem Rückblick auf die Einigungsbestrebungen des deutschen Protestantismus die ungeheure Gegenwartsaufgabe, einen evangelischen Gesamtwillen und damit Hand in Hand ein weltweites christliches Grundgesetz zu schaffen.

Den Gegenstand des ersten Verhandlungstages bildeten die Einheitsbestrebungen der christlichen Kirchen. Der erste Berichterstatter, Prälat D. Dr. Schöll-Stuttgart, behandelte dieselben vom Standpunkt der evang. Kirchen Deutschlands und wies nach, daß der angestrebte ordnungsmäßige Zusammenschluß der christlichen Kirchen zur Pflege des christlichen Gemeinbewußtseins und zu einheitlichem Vorgehen im öffentlichen Leben im Geist Christi dem Segnen und dem Bedürfnis der Zeit entspreche, schon jetzt erreichbar sei und Segen auch für Stärkung des christlichen Einflusses auf die Weltgestaltung verspreche. Als Mitberichterstatter führte Bischof D. Kücklen-Brück vom Standpunkt der Freikirchen aus, daß Landeskirchen und Freikirchen hergebrachte Vorurteile gegeneinander ablegen und sich finden müssen zu einer geistlichen und Arbeitgemeinschaft auf dem Boden der durch das Evangelium hervorgerufenen Differenzierung. Dies werde gebieterisch gefordert durch die Gesamtfrage des Christentums in Europa, dem durch die internationalen Mächte des hochwissenschaftlichen Atheismus und des neu erwachenden Islam eine ernste Lebensgefahr drohe. In lebhafter Aussprache wurde den Grundgedanken der Berichterstatter zugestimmt; von großer Bedeutung war dabei namentlich die öffentliche freundschaftliche Auseinandersetzung zwischen Vertretern der Landeskirchen und der Freikirchen. Ein Wendegottesdienst in der Leonhardskirche, bei dem Superintendent Diestel-Sigmaringen über volle Wahrheit und echte Freiheit nach Evang. Joh. 8, 31 sprach, bildete den wohlwollen Abschluß des Tages.

Am Mittwoch wurde beraten über einen Aufruf der Kirchen zur internationalen Prüfung der Kriegsschuldfrage, wofür Reichsgerichtspräsident a. D. Dr. Simons, i. R. Reichsaussenminister, und Staatspräsident a. D. Dr. Hieber Bericht erstatteten. Eine einstimmig angenommene Entschliessung, über die wir bereits berichtet haben, fordert die Freunde in allen Ländern auf, für eine internationale Prüfung der Schuldfrage nach Deutung der Staatsarchive einzutreten. Mit diesem wichtigen Ergebnis, das in der eingehenden Aussprache seine Stütze fand, schloß die Jahresversammlung des deutschen Zweigs des Weltbundes; man darf sie als eine würdige und wertvolle Vorbereitung der für nächstes Jahr nach Stockholm einberufenen Weltkonferenz der Kirchen für praktisches Christentum ansehen.

## Keine Ausweisung Dillers.

München, 26. Sept. Wir erfahren zuverlässig, daß die Vereinigte Rechte sich gegen jede weitere Maßnahme gegen Diller ausgesprochen hat. Infolgedessen soll auch die Bayerische Volkspartei die Absicht aufgegeben haben, eine Ausweisung Dillers weiterhin zu betreiben. Das Gerücht, daß Dr. Feld mit Dr. Seidel wegen einer Ausweisung Dillers nach Tirol verhandelt habe, ist bisher nicht bestätigt oder auch nicht bestritten worden. Wir hören ferner, daß der Staatsanwalt von sich aus keine Beschwerde gegen die Freilassung Dillers einlegen wird. Auch wird die bayerische Regierung die Staatsanwaltschaft nicht auffordern, diese Beschwerde zu erheben. Umso schärfer geht der Kampf gegen Lubendorff und den Frontbann im „Bayerischen Kurier“ weiter. Schon heute ist deutlich herauszufühlen, wie die Gegenseite Diller-Lubendorff künstlich herausgearbeitet werden. Das Reichsgericht in Leipzig und der parlamentarische Untersuchungsausschuß in Bayern sollen dem Preußen den Rest geben. Der „Bayerische Kurier“, der allerdings nicht das Sprachrohr der gesamten k-

atholischen Kreise Bayerns ist, läßt noch einen gefährlichen Eingriff gegen Preußen selbst lauten. Die Mittel, die dabei angewendet werden, haben schon lange das Erträglichste überschritten. Jetzt versucht man, sich an den brandenburgischen Kurprinzen und den preussischen Königen. Es erscheint an der Zeit, daß die hinter dem „Bayerischen Kurier“ stehenden Kreise die Tonart des Blattes mäßigen. Denn es ist doch kaum denkbar, daß man sich in Preußen diese unerträgliche Hebe eines süddeutschen führenden Blattes weiterhin gefallen lassen kann. Die halbamtliche Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei ist mit der Entlassung Dillers durchaus nicht zufrieden. Allerdings hat sie scheinbar weniger an Hitler auszugehen als überhaupt an der Möglichkeit, daß die völlige Bewegung wieder von neuem aufflammt. Sie führt verschiedene Gründe gegen die Freilassung Dillers an und schreibt zum Schluß: „Wenn die Männer nach 11 Monaten wieder in ihre Freiheit zurückkehren, nicht etwa als Bekehrte, als Männer, die ihr Amteisen, sondern als Politiker, auf deren Bildung diejenigen warten, die hinter dem Vorhänge vor 11 Monaten gestanden haben, und die die Gelegenheit ersehnen, das mühselige Experiment unter besseren Umständen zu wiederholen, so widerspricht diese Handlung dem allgemeinen Rechtsempfinden.“

## Der Abbau der Besetzung im Westen.

Duisburg, 27. Sept. Die Verhandlungen über die Freigabe des Duisburg-Ruhrortkessens und die Bezahlung der Reparationsleistungen mit der Weimarer Regierung sind zu folgendem Ergebnis geführt: Ab 1. Dezember rückwirkend werden die Reparationsleistungen der Eisenverwaltung bezahlt. Ueber die Höhe der Zahlungen und die Freigabe des Kessens, sowie über die Wiederherstellung der deutschen Verwaltungshoheit finden zur Zeit Verhandlungen zwischen den Vertretern der Rheinisch-Westfälischen Eisenindustrie und General Degoutte in Düsseldorf statt.

## Sam Aufwertungsausfluß.

Berlin, 26. Sept. Im Unterausschuß des Aufwertungsausflusses wurden die Verhandlungen fortgesetzt über die Frage, inwiefern die Wiederaufnahme der Verzinsung der Anleihen von Ländern und Gemeinden möglich ist. Fleischer (B.) legte einen Antrag vor, wonach die Mittel für die Wiederaufnahme des Zinsendienstes aus der Besteuerung einer gewissen Spekulation ausgebracht werden könnten. Dornberg (D.) beantragte, daß zur Dotierung der zu bildenden sozialen Fonds die mit leistungsfähigen Erwerbsbetrieben angeschlossenen Gemeinden auf dem Geheißwege heranzuziehen seien. Der Reichsfinanzminister wandte sich gegen die Auffassung, daß aus dem jetzigen Zustand der Gemeindefinanzen, besonders aus den ausgeprägten günstigen Verhältnissen bestimmter Gemeinden der Schluß zu ziehen sei, die Gesamtheit der Gemeinden befähigt zu sein, die Dauer in einer so günstigen Lage, daß bei ihren Anleihen eine grundsätzliche Aufwertung stattfinden könnte. Die derzeitige Finanzlage der Gemeinden beruhe auf dem Finanzgleichgewicht und auf der Höhe der ihnen überwiesenen Steuern. Welche Gehalt der Finanzgleichgewicht künftig annehmen werde, könne heute niemand sagen. Deshalb sei auch die Frage, ob die Gemeinden zu irgendwelchen Leistungen herangezogen werden können, weil ihre Anleihen zum Teil für gewerbliche Zwecke verwendet wurden, nicht spruchreif. Ueberhaupt müsse zur richtigen Verteilung der ganzen Fragen die künftige Steuererhebung abgewartet werden.

## Deutsche Mitglieder des Verwaltungsrats der Reichsbahn-Gesellschaft.

Wie die „Telegraphen-Union“ mitteilt, hat das Reichsamt folgende Mitglieder in den Verwaltungsrat der Reichsbahn-Gesellschaft ernannt: Geheimrat Kommerzienrat Edward Arnold-Berlin, Oberpräsident a. D. und Rittergutsbesitzer Wirtl, Geheimrat Rat von Patock in Gödau, Prof. Dr.-Ing. Blum-Bannover, Ministerpräsident a. D. Kreisbaumeister Rud.-Dresden, Staatssekretär im Finanzministerium Fischer-Berlin, Reichsbahnabteilungspräsident a. D. Dittus von Dertel-Köln, Geheimrat Kommerzienrat Peter Altherr-Duisburg, Generaldirektor Dr. Dr.-Ing. Dr. Ing. Karl Friedrich von Siemens-Berlin. Da dem Verwaltungsrat der Reichsbahn kein Reichstagsabgeordneter angehören darf, wird der in Berlin gewählte demokratische Reichstagsabgeordnete von Siemens sein Mandat niederlegen.

## Ceser Generaldirektor der Reichsbahn A.-G.

Berlin, 27. Sept. In der heutigen Sitzung des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahn A.-G. wurde Reichsverkehrsminister Ceser zum Generaldirektor dieser Gesellschaft gewählt. Die Wahl erfolgte einstimmig und ist bereits vom Reichspräsidenten bestätigt worden. Zum Präsidenten des Verwaltungsrates ernannten die Mitglieder Herrn Dr. Karl Reichrich von Siemens, zum ersten Vizepräsidenten Staatssekretär Stieler und zum zweiten Vizepräsidenten den Engländer Sir Keoworth. An der Sitzung nahmen sämtliche Mitglieder des Verwaltungsrates, auch die ausländischen, mit Ausnahme des Präsidenten der Hamburger Handelskammer, Weinmeyer teil. Staatssekretär Voigt begründete die Annäherung. Gemäß den Satzungen wählte der Verwaltungsrat einen permanenten Ausschuß, der sich aus den Herren Stieler, Keoworth, Bergmann, Fischer und Arnold zusammensetzt. Die nächste Sitzung findet am 1. Oktober statt.

## Die künftige Stellung der Eisenbahnbeamten.

Die deutsche Reichsbahnverwaltung hat in Ausführung der Bestimmungen des Reichsbahngesetzes den Entwurf einer neuen Personalordnung fertiggestellt, der den Spitzenorganisationen zur Kenntnis gebracht wurde. Der Entwurf soll nach einer Rekonstruktion der „Roten Fahne“ unter anderem die Bestimmung enthalten, daß Beamte mit vierzehnjähriger Kündigung entlassen werden können. Wir möchten annehmen, daß es sich hier um eine tendenziöse Meldung der „Roten Fahne“

handelt, die wohl in Wille von den in Frage kommenden zuständigen Stellen aufgeklärt werden dürfte.

## Zur Ratifizierung des Washingtoner Arbeitszeit-übereinkommens.

Berlin, 27. Sept. Die Spitzenverbände der deutschen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wurden vom Reichsarbeitsministerium über die Ergebnisse der Zusammenkunft der deutschen, englischen, französischen und belgischen Arbeitsminister in Bern vertraulich unterrichtet. Bei diesen Besprechungen wurde auch festgestellt, daß nach den Erklärungen des Reichsarbeitsministers Braun in Bern Deutschland keineswegs beabsichtigt, im Falle der Ratifizierung des Washingtoner Übereinkommens die Durchführung dieses Übereinkommens auf Grund des Artikels 14 unter Berufung auf die Kosten der Reparationsverpflichtungen hinauszuschieben, sondern daß vielmehr die Anwendung dieses Artikels nur für Kollagen außerordentlicher Art in Frage kommen, die Deutschlands Lebensnotwendigkeiten gefährden, beispielsweise für den Fall drohender Sanktionen.

## Vor zehn Jahren.

September-Oktober: 28. Beginn des Vormarschs der 9. Armee (Hindenburg) in Polen. Die 26. Ref.-Div. nimmt Oskiers, Thiepval und La Poissele. 30. Beginn der Schlacht bei Krasno-Lens. 1. Verschiebung der englischen Armee von der Maas an den schiedlichen Nordflügel. Beginn des Angriffs auf Antwerpen. Eroberung des Forts Wavre-St. Catherine. 4.-7. Die 36. Kavalleriebrigade in der Schlacht bei Lens. 4. bis 5. Schlacht bei Opatow Radom. 5. Vor Antwerpen der Rethel-Abchnitt genommen. Die 26. Ref.-Division erreicht das rechte Ufer der Maas.

## Ausland.

Bern, 27. Sept. Der Bundesrat hat über folgende Erleichterung im Bahnerwerb Beschluß: Denjenigen europäischen Staaten, worin das Bahnsystem noch besteht, werden Abmachungen über die gegenseitige Einführung eines sogenannten Spezialbismut- und Jahresbismut, das zu einem beliebigen Zeitpunkt während der Dauer eines Jahres befristet vorgezogen werden kann. Die Gebühr für das Spezialbismut beträgt zehn Franken. Auch dafür gilt der Grundsatz der Gegenseitigkeit.

Budapest, 27. Sept. Der Auslieferungssenat in Budapest hat in der Angelegenheit des Nordbundes an Dies, dem Begleiter Erdbergers, durch Heinrich Schulz die Identität des inhaftierten Försters mit Heinrich Schulz festgestellt. Die Staatsanwaltschaft wird über die Auslieferung des Schulz in der nächsten Woche ihr Gutachten abgeben.

Paris, 27. Sept. Aus französisch-Marokko wird gemeldet, daß eine Abteilung Rifstahlern in Stärke von 400 Mann den französischen Posten bei Djebel Aguil angriffen hat. Die französischen wurden zurückgeschlagen. — Der französische Arbeitsminister, der zur Zeit den Unterrichtsminister vertritt, teilt mit, daß der im Juli 1914 erschossene Arbeiterführer Jaures am 23. November im Pantheon beigesetzt wird.

London, 27. Sept. Die britische nationale Fabrikantenvereinigung richtete in der Frage des geplanten Handelsabkommens mit Deutschland ein Schreiben an den Premierminister, worin sie sich dem Briefe anschließt, den Sir Eric Geddes namens des Verbandes britischer Industrieller an den Premierminister gerichtet hatte und der ebenfalls die Hoffnung ausdrückt, daß die britische Industrie bei jedem Schritt der Verhandlungen zu Rate gezogen werde.

London, 27. Sept. Wie der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet, gehen die Verhandlungen über die Ausbringung des britischen Anteils von zehn Millionen Pfund an der Dawesanleihe günstiger als zuvor vorstatten, was jedoch nicht bedeutet, daß alle Finanzämter der Welt, deren Mitarbeit erwartet wurde, notwendigerweise an den Operationen teilnehmen. Dem Berichterstatter zufolge, wird die Verschleiertheit Schottlands als Verhandlungsführer sehr gerühmt, desgleichen die Rührigkeit, mit der die Deutschen das Londoner Abkommen durchführen, sowie die Loyalität, mit der die deutschen Vertreter mit den nach dem Dawesplan ernannten anderen Vertretern zusammenarbeiten.

London, 27. Sept. Die „Times“ berichtet, daß die Grenzstreitigkeiten zwischen Mesopotamien und der Türkei in London als sehr ernst angesehen werden. Die Bedingungen des Kaufmannsvertrages mit Bezug auf die Mosulgrenze wurden von der Türkei offen verlegt.

New York, 26. Sept. Die „Chicago Tribune“ schätzt den Verlust, der den amerikanischen Besitzern von deutscher Kriegsanleihe durch die Anregung der deutschen Regierung, den Standardwert der Anleihe nicht festzusetzen, entstehen wird, auf rund 1 Milliarde Dollars. — Die deutschen Werte an der Börse sind stark gefallen, im Durchschnitt um 5 Prozent. Die deutsche Kriegsanleihe, die vor einigen Wochen fast ausging, ist um 2 Prozent gefallen. Die deutschen Staatsanleihen haben noch schlechter. Man bringt den Sturz der deutschen Werte in Zusammenhang mit der Anregung der deutschen Regierungskommission, einen Standardwert der deutschen Kriegsanleihe nicht festzusetzen.

Schanghai, 27. Sept. Eine Anzahl Spione, darunter auch Frauen, wurden auf Befehl des ausländischen Gouverneurs von Schanghai erschossen. Die Verdrückung der ausländischen Front werde stündlich erwartet, da die rivalisierenden Generale der Kiangsi-Regierungstruppen um die Werte nach Schanghai eilen, in der Hoffnung, zuerst den Widerstand des ausländischen Gouverneurs zu brechen. Jeder von ihnen hoffe, auf diese Weise sein Nachfolger zu werden.

## „Gentlemanlike“.

London, 27. Sept. Man verfolgt die Leistungen des neuen Juppeln in Deutschland mit größter Aufmerksamkeit, und die ausländischen Berichte der englischen Korrespondenten in Deutschland werden als





Berlin, 28. Sept. Als Abschluss der eisenbahntechnischen Tagung wurde gestern nachmittags eine Versuchsfahrt zur Veranschaulichung der drahtlosen Telephonie aus einem fahrenden Eisenbahnzuge heraus unternommen. Der Versuch wurde von der Reichsbahn in Gemeinschaft mit dem Verein Deutscher Ingenieure und der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie F. G. Muth in einem von der Eisenbahndirektion zur Verfügung gestellten Sonderzug auf der Strecke Berlin-Hamburg zwischen den Stationen Nauen und Triefsch aufgeführt. Die Versuche gelangen glänzend. Eine Verbindung mit beliebigen Fernsprecheinrichtungen Groß-Deutlins war in kürzester Zeit hergestellt und die Verständigung war ausgezeichnet.

Berlin, 27. Sept. Der Reichsminister des Innern hat die Unterrichtsminister der Länder für den 7. Oktober zu einer Besprechung über wichtige Fragen des deutschen Schulwesens eingeladen. Es soll dabei insbesondere erörtert werden, in welcher Form die notwendige Einheitlichkeit in der Entwicklung des deutschen Schulwesens im Zusammenwirken von Reich und Ländern erhalten werden kann.

Napoli, 28. Sept. Auf Veranlassung des Allgemeinen Industrieverbandes wurden Versammlungen abgehalten zur Prüfung der Lage Italiens in Bezug auf die Verhandlungen, die demnächst mit Deutschland zum Abschluss eines Handelsvertrages eingeleitet werden sollen. In den Versammlungen wurde darauf hingewiesen, daß im Interesse des Landes der Ackerbau und die Industrie Italiens gleichmäßig gefördert werden müssen. Es wurde beschlossen, die Frage weiter zu prüfen, um eine Einheitsfront gegenüber den deutschen Forderungen zu gewährleisten.

Paris, 28. Sept. Der „Matin“ glaubt zu wissen, daß in Französisch-Marokko zum Schutz der Nordgrenze und zum Schutz der westlichen Zone eine mobile Truppe von 2000 Mann baldigst geschickt werden soll, um ein Uebergreifen des Aufstandes der Kistämme von Spanisch-Marokko nach Französisch-Marokko zu verhindern.

Paris, 28. Sept. Einer Blättermeldung aus Athen zufolge hätte die britische Admiralität der griechischen Regierung einen Admiral zur Reorganisierung der Marine zur Verfügung.

London, 27. Sept. „Morning Post“ meldet, daß immer noch östliche Christen und Angehörige von Stämmen des Irak in Amadia zusammenströmen, um dort Schutz zu finden. Die Ueberfälle von türkischer Seite könnten nicht ausschließlich als das Werk mörderischer Irregulärer angesehen werden. Bei einer Untersuchung der von den Türken zurückgelassenen Toten habe sich ergeben, daß sich reguläre Soldaten unter ihnen befunden hätten. Es sei jetzt klar, daß die Türken sich bemühten, das Gebiet zu besetzen. 15 bis 20 Meilen von den alten Grenzen des Wilajets Mosul entfernt seien Truppen mit Gebirgsartillerie aufgestellt worden.

Madrid, 27. Sept. Ein amtliches Communiqué über die Lage in Marokko besagt: Im Abschnitt von Gomara haben die Spanier vier Stellungen geräumt; die Kriegsschiffe haben bei der Räumung von drei dieser Stellungen mitgewirkt. Im Abschnitt von Tetuan, wo die Operationen einen Vorstoß gegen Scheichan zum Ziele hatten, verliefen die Operationen erfolgreich. Nach hartem Kampfe ist eine Abteilung gestern nachmittags in Jozarba angekommen.

Belgrad, 27. Sept. In Krugulowatz wird morgen ein Denkmal für 44 Isehdoslawen enthüllt, die im Jahre 1918 auf Grund des Urteils eines österreichisch-ungarischen Kriegsgerichts hingerichtet worden sind. Die Feier, an der der Kriegsminister und der Unterrichtsminister teilnehmen, wird in Anwesenheit zahlreicher ischedoslawischer Ehrengäste vor sich gehen, und es ist ein großes slawisches Verbrüderungsfest geplant.

Buenos-Aires, 27. Sept. Ein holländischer Dampfer steht auf dem Rio de La Plata in Flammen. Um die Besatzung zu retten, ist ein Hilfsdampfer abgeschickt worden.

**Das Urteil im würt. Kommunistenprozeß.**

Leipzig, 27. Sept. Das Urteil im Leipziger Prozeß lautete bei Schend auf 3 Jahre Gefängnis, 300 Mark Geldstrafe, Rau 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe, Müller-Schön 3 Jahre Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe, Schreiber 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe, Groß 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe, Heymann-München 4 Jahre Gefängnis und 400 Mark Geldstrafe, Weder-Gmünd 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe, Delmer-Dalle 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe, die Untersuchungschaft von 8 Monaten wird in Anrechnung gebracht mit Ausnahme von Schend. Die Immunität der beiden Landtagsabgeordneten Schend und Weder wird aberkannt, da sie bei früher Tat ergriffen worden sind.

Eine weitere und zugehende etwas abweichende Meldung lautet:

Leipzig, 28. Sept. Im Prozeß gegen Schend und Genossen erfolgte gestern abend die Urteilsverkündung. Es erlitten Gefängnis: Heymann 3 Jahre 6 Monate, Schend 3 Jahre, Groß 2 Jahre 6 Monate, Groß 2 Jahre 6 Monate, Weder 1 Jahr 6 Monate, Müller und Schön 2 Jahre, Delmer 1 Jahr und Rau 1 Jahr. Außerdem erhielten die Genannten entsprechende Geldstrafen. Sämtlichen Berufszeugen, außer Schend, dem nur 7 Monate angedroht werden, werden 8 Monate und die Geldstrafen auf die Untersuchungszeit angedroht, dem Schend nur 7 Monate, weil er nur so lange in Untersuchungshaft war.

**Baldige Aufhebung der Devisenbeschränkung.**

Berlin, 27. Sept. Die Reichsregierung kann sich den gewichtigen Gründen, welche die Wirtschaft seit langem für die Aufhebung der Devisenbeschränkungen vorbringt, nach der Annahme der Dawesgeleihe nicht mehr verschließen. Die Aufhebung kann aber nicht eher erfolgen, als bis auch die wesentliche Voraussetzung für das Inkrafttreten der Dawesgeleihe, das Zustandekommen der 800-Millionen-Anleihe gesichert ist, weil insoweit noch betrübende Momente auf die Währung zurückwirken können. Sobald die Verträge über die Anleihe unterzeichnet sind, wird der Reichswirtschaftsminister die Devisenbeschränkung außer Kraft setzen. Anreize erhalten bleiben vorläufig der Einheitskurs und diejenigen Bestimmungen mehr getriebepolizeilicher Natur, welche die Devisenbanken, die Wechselstuben und Devisenmakler betreffen. Auch diese Bestimmungen werden den veränderten Umständen angepaßt. Der Abbau des Kommissars für die Devisenbeschränkung war bereits seit langem für den 30. 9. vorgesehen. Da die Verlängerung seiner Tätigkeit für die Uebergangszeit nicht mehr erforderlich erscheint, wird an diesem Zeitpunkt festgehalten. Seine Geschäfte werden bis zum Inkrafttreten der Devisenbeschränkung vom Reichswirtschaftsministerium erledigt.

**Berriot und die französischen Kardinele.**

Paris, 28. Sept. In einem Brief Berriots an die 6 Kardinele Frankreichs als Antwort auf ihre Vorstellungen heißt es u. a.: Es ist mir vollkommen unmöglich, die von meiner Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen als ernste Bedrohung des inneren Friedens, der Gerechtigkeit und der Freiheit zu betrachten. Wir verfechten streng alle Ueberzeugungen. Unter unserer Verwaltung können die Beamten jeder Kategorie versichert sein, daß sie ohne die geringste Ungelegenheit ihren Glauben nachgeben können. Wenn irgendwo die Ausübung der katholischen Religion behindert würde, würden wir ohne Zögern eingreifen. Aber da wir entschlossen sind, das Recht auf Glaubensfreiheit eines jeden zu schützen, haben wir auch die Pflicht, die Rechte des Staates zu wahren. Wir glauben an die Notwendigkeit, zwischen dem Geistlichen und dem Weltlichen einen Unterschied zu machen. Diese Lehre, worauf sich die Unabhängigkeit des französischen Staates aufbaut, ist nicht nur die der französischen Revolution. Was Eliaß und Lotze angeht, so vertreten wir den Standpunkt, daß es deren Besoehnern zusteht, mit der Zentralgewalt die zahlreichen Probleme zu lösen, welche ihre Rückkehr zu Frankreich aufgeworfen hat. Es ist bedauerlich, daß eine beklagenswerte Situation entstanden ist, wodurch die Regierung für intolerant erklärt wurde. Es würde nach Ansicht des Ministerpräsidenten die ernstesten Ungelegenheiten nach sich ziehen, wenn auf öffentlichem Markt Fragen erörtert würden, die Geduld und Ueberlegung erforderten. Das Eliaß habe nichts für seinen Fall zu befürchten. Was die Kongregationen anbetreffe, so vertritt die Regierung nur das Gesetz. Und das beste Mittel, Konflikte zu vermeiden, sei streng die unangefassten Rechte der Gewissensfreiheit und die unabwieslichen Rechte des Staates von einander zu trennen.

**Die Repko denkt an Sparen.**

Paris, 28. Sept. Die Repko einigte sich, wie der „Matin“ berichtet, nach teilweise sehr hürden Verhandlungen über das Ersparnisprogramm, dessen Durchführung nach Annahme des Dawesplanes sich als notwendig erwies. Die Kommission, die bis jetzt Unterhaltungskosten von 600 000 Goldmark monatlich in Anspruch genommen hat, will sich von nun ab um monatlichen Unterhaltungskosten von 300 000 Goldmark begnügen. Um diesen Zweck zu erreichen, wurde nach dem „Matin“ bestimmt: Der Garantieschuss wird aufgehoben, die finanziellen, sowie die juristischen Sachverständigen und die Nachrichtenredaktion werden ebenfalls beseitigt. Die Personalabteilung wird ebenfalls wesentlich verringert. In den einzelnen der Repko vertretenen Delegationen wird nur noch der stellvertretende Delegierte ständig anwesend sein und demgemäß bezahlt werden. Die ersten Delegierten werden nur noch im Falle unbedingter Notwendigkeit in Anspruch genommen und erhalten für ihre Tätigkeit von nun ab nur noch Tagegelder. Die vertretene Abteilung soll, wenn es sich um einen Großhaushalt handelt, 7 Beamte unterhalten, die anderen Delegationen sollen sich mit kleinerem Personal begnügen. Die Reform soll bis zum 31. 12. durchgeführt sein.

**Stadtgemeinde Calw.**

Zu dem auf Montag, den 6. Oktober 1924, verlegten

**Krämer, Pferde, Vieh und Schweinemarkt**



ergeht Einladung. Personen aus versuchten Orten dürfen den Markt nicht besuchen, auch darf Vieh aus versuchtem bzw. Beobachtungsgebiet nicht beigebracht werden. Viehhändler haben für ihr Vieh amtstierärztliche Gesundheitszeugnisse beizubringen. Die nächste 3-jährige Marktstandsverpachtung findet am 9. Dezember 1924 von mittags 12 Uhr an statt. Calw, den 29. September 1924.

Stadtschultheißenamt: Göbner.

**An die Mitglieder des landw. Bezirks-Vereins Neuenbürg.**

Die landw. Winterschule in Calw wird am 4. November 1924 wieder eröffnet und es sind Anmeldungen zur Aufnahme spätestens bis 15. Oktober 1924 an den Schulvorstand Dekonomierat Böfker Calw zu richten. Neu eintretende Schüler müssen das 17. Lebensjahr zurückgelegt haben, guten Leumund besitzen, und die für das Verständnis des Unterrichts notwendigen Fähigkeiten besitzen. Mit der Anmeldung sind ein Geburtschein, ein Leumundzeugnis, die Schulzeugnisse, sowie die Einwilligung des Erziehungsberechtigten zum Besuch der Schule vorzulegen und den Nachweis einer mindestens anderthalbjährigen Tätigkeit in einem landw. Betrieb zu erbringen. Nähere Auskunft über den Lehrplan, die Kosten der Unterbringung der Schüler in Privathäusern u. s. w. erteilt der Schulvorstand, sowie der Unterzeichnete. Es wird an alle Interessenten die dringende Aufforderung gerichtet, den Besuch der Winterschule durch Jünglinge im Interesse einer besseren Ausbildung möglichst zu machen und von der Einrichtung recht zahlreichen Gebrauch zu machen. Neuenbürg, den 26. September 1924.

Vorstand des landw. Bezirks-Vereins: Kübler.

**Union-Brikets**

sind eingetroffen und können abgegeben werden bei Karl Pfister.

**Zugelaufen** ist mir ein Wolfshund, schwarz-grau. Derselbe kann gegen Futtergeld und Einrückungsgeld innerhalb 8 Tagen bei mir abgeholt werden. Adolf Rönig, Straßenwart.

**Boxerhündin** Neuester wachsame und abhängliche 3-jährige zu verkaufen. Haber, Villa Margitbda.

**Oberamtsstadt Neuenbürg.**

Sigung d. Gemeinderats am Dienstag, den 30. Septbr., abends 6 Uhr.

- Tagesordnung:
1. Bauwesen.
  2. Tarif für elektrisches Licht und Kraft.
  3. Rechtsachen.
  4. Sonstiges.
- Stadtschultheiß Knobel.

**N.S.U.-Motorrad,**

8 PS., m. Orig.-Beiwagen, mit all. Chlanten, neuwertig, leichtes Modell, sofort an schnellentschlossenen Käufer billigt abzugeben. Näheres durch die „Enztaler“-Geschäftsstelle.

**Birkenfeld.**

**Achtung!**

Verkaufe eine trachtige Stute, Fuhs, sieben Jahre alt, bringt im Januar, mit aller Garantie. August Benini.

**Bieh-Verkauf.**

Von Mittwoch morgen 8 Uhr ab im Gasthaus zum „Döfen“ in Höfen ein großer, frischer Transport junger Milch-Kühe, junger Kälberkühe, sowie eine große Auswahl gut gewohnter, schwerer, hochträchtiger Kalbinnen zum Verkauf, wozu Kauf- und Taufschliehaber freundlichst einladen Rudolf und Berthold Löwengardt.

**Pfannkuch & Co.**

Soeben eingetroffen: Schönes Filderkraut zum Einschneiden per Ztr. 4.75 Mark.

**Pfannkuch & Co.,**

Neuenbürg, Tel. 70.

**Dobel.**

Zirka 30 Zentner Heu verkauft Karl Raubetsch, Holzhauser II.

**Zurück!**

Dr. med. E. Riecker, Facharzt für Ohren-, Nasen- und Halsleiden, Pforzheim, Leopoldstr. Nr. 1, neben der Adler-Apothek.

Sprechstunden: 9-1 und 3-5 Uhr, Samstags nachmittags ausgenommen.

**Nach NORD-, MITTEL- u. SÜD-AMERIKA**

**OSTASIEN-AUSTRALIEN**

Regelmäßige Schiffsverbindungen nach allen Weltteilen. Hervorragende Reisegelegenheiten in allen Klassen. Altkontinentalbedienungs-Verpflichtung. Kostenlose Auskünfte u. Platzbelegung durch Vertretungen des

**NORDEUTSCHEN LLOYD BREMEN**

in Neuenbürg: Theodor Weiss, Hauptstr.; in Stuttgart: Generalvertretung Passagebüro Rominger, Königstrasse 15.

**Plattfüsse, Senkfüsse, offene Füße, Salzfluss etc.**

behandelt mit Homöopathie und Naturmitteln H. Maier, Homöopath und Naturheilkundiger, Rennfeldstrasse 21, Pforzheim, Fernruf 2218

**Herbst-Preisaufgabe**

Ewr steruz otmkm ltham ruzste Jeder ist Gewinner

der uns obiges Sprichwort in richtiger Lösung einsetzt, und jeder Löser nimmt teil an der Verteilung der nachstehenden Preise:

**1 Automobil**

oder eine kompl. Wohnungseinrichtung, 1 Motorrad oder ein Esszimmer, 1 Pianino oder ein Wohnzimmer, 4.-203. Preis = 200 la. Taschenuhren und eine große Anzahl kleine Preise. Die Verteilung erfolgt unter Aufsicht eines Notars. Die ges. Versandkosten muss der Einsender tragen. Die Einsetzung muss sofort erfolgen, verpflichtet zu nichts und ist ohne Risiko. Für Rückp., Drucks., Schreiblohn usw. sind Gebühren der Lösung beizufügen. (Briefporto 10 Pfg.) Schreiben Sie sofort an Globus-Versand Hehr. Stamm, Brunschweig 882.